

Verwaltungskostensatzung der Stadt Rudolstadt – RuVwKostS –

Hierbei handelt es sich um eine nichtamtliche Lesefassung einer Satzung, einschließlich deren Änderungssatzungen. Sie ist zur unverbindlichen, allgemeinen Information vorgesehen und trifft keine rechtsverbindlichen Aussagen. Die jeweiligen Originalfassungen können in den entsprechenden Amtsblättern oder bei der Stadtverwaltung Rudolstadt eingesehen werden.

Lesefassung

Die Neufassung der Verwaltungskostensatzung der Stadt Rudolstadt (RuVwKostS) vom 17.02.2010 wurde vom Stadtrat am 10.12.2009 beschlossen.

Die 1. Änderungssatzung vom 22.05.2013 zur RuVwKostS vom 17.02.2010 wurde vom Stadtrat am 11.04.2013 beschlossen.

Die 2. Änderungssatzung vom 19.04.2017 zur RuVwKostS vom 17.02.2010 wurde vom Stadtrat am 02.02.2017 beschlossen.

Die 3. Änderungssatzung vom 21.05.2025 zur RuVwKostS vom 17.02.2010 wurde vom Stadtrat am 20.03.2025 beschlossen.

§ 1

Verwaltungskostenpflichtige öffentliche Leistungen

- (1) Die Stadt Rudolstadt erhebt aufgrund dieser Verwaltungskostensatzung in Verbindung mit dem jeweils gültigen Kostenverzeichnis für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen im eigenen Wirkungskreis Verwaltungskosten (Gebühren und Auslagen).
- (2) Verwaltungskostenpflicht besteht auch, wenn ein auf Vornahme einer öffentlichen Leistung gerichteter Antrag zurückgenommen wird oder sich auf andere Weise erledigt.
- (3) Die Erhebung von Verwaltungskosten und Benutzungsgebühren nach anderen Rechtsvorschriften bleibt unberührt.
- (4) Behörde im Sinne dieser Satzung ist jede Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt.
- (5) Öffentliche Leistungen sind
 1. Amtshandlungen; eine Amtshandlung ist jede mit Außenwirkung in Ausübung hoheitlicher Befugnisse vorgenommene Handlung; sie liegt auch dann vor, wenn ein Einverständnis der Behörde, insbesondere eine Genehmigung, Erlaubnis oder Zustimmung, nach Ablauf einer bestimmten Frist auf Grund einer Rechtsvorschrift als erteilt gilt,

2. Überwachungsmaßnahmen, Prüfungen und Untersuchen sowie
 3. sonstige Leistungen, die im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Verwaltungstätigkeit erbracht werden.
- (6) Individuell zurechenbar sind insbesondere öffentliche Leistungen, die
1. beantragt, sonst willentlich in Anspruch genommen oder zugunsten des Leistungsempfängers erbracht werden oder
 2. aufgrund des Verhaltens einer Person oder des von einer Person zu vertretenden Zustands einer Sache im öffentlichen Interesse erbracht werden; bei Überwachungshandlungen, Prüfungen und Untersuchungen gilt dies nur, wenn die öffentliche Leistung nicht ausschließlich auf eine allgemeine behördliche Informationsgewinnung gerichtet ist.

§ 2

Sachliche Verwaltungskostenfreiheit

- (1) Verwaltungskostenfrei sind
1. a) Überwachungsmaßnahmen aufgrund eines Verdachts oder einer Beschwerde oder
b) Stichprobenkontrollen, bei denen der zu Überwachende ausschließlich nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wird,

wenn kein Verstoß gegen eine Rechtsvorschrift festgestellt wird,
 2. einfache mündliche oder schriftliche Auskünfte; dies gilt nicht für Auskünfte aus Registern und Dateien,
 3. die Erteilung von Bescheiden über öffentlich-rechtliche Geldforderungen,
 4. die Bescheinigung über den Besuch von Schulen,
 5. Entscheidungen über die Stundung, den Erlass, die Niederschlagung oder die Erstattung öffentlich-rechtlicher Geldforderungen,
 6. Entscheidungen über die Festsetzung von Entschädigungen aus öffentlichen Mitteln,
 7. Entscheidung über Anträge auf Geldleistungen, wie Unterstützungen, Fördermittel, oder Zuwendungen,
 8. öffentliche Leistungen im Rahmen eines bestehenden oder früheren öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnisses,

9. Entscheidungen über Gegenvorstellungen und Aufsichtsbeschwerden,
 10. öffentliche Leistungen in Angelegenheiten des Wahlrechts, des Volksbegehrens und des Volksentscheids sowie
 11. Entscheidung über die Anordnung der sofortigen Vollziehung nach den §§ 80 und 80a der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO).
- (2) Die Verwaltungskostenfreiheit gilt nicht für den Widerruf oder die Rücknahme einer Amtshandlung, sofern der Verwaltungskostenschuldner dies zu vertreten hat.

§ 3

Persönliche Verwaltungskostenfreiheit

- (1) Von der Zahlung der Gebühren sind befreit:
1. die Bundesrepublik Deutschland sowie die Bundesländer; dies gilt nur, wenn die Summe der Verwaltungskosten für eine Angelegenheit den Betrag von 500 € nicht übersteigt,
 2. Landkreise, Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige kommunale Körperschaften des öffentlichen Rechts und
 3. Kirchen sowie andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, welche die Rechtsstellung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts haben, einschließlich deren öffentlich-rechtlichen Verbände, Anstalten und Stiftungen.
- (2) Die persönliche Gebührenfreiheit gilt nicht, wenn
1. die Gebühr Dritten auferlegt oder auf Dritte umgelegt werden kann,
 2. die öffentliche Leistung einen Betrieb nach § 26 Abs. 1 der Thüringer Landeshaushaltsordnung in der jeweils geltenden Fassung oder vergleichbare Betriebe des Bundes oder der anderen Länder betrifft oder
 3. die öffentliche Leistung einen kommunalen Eigenbetrieb nach § 76 der Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung in der jeweils geltenden Fassung betrifft, es sei denn, dass der Eigenbetrieb Leistungen erbringt zu deren Bereitstellung die kommunalen Körperschaften gesetzlich verpflichtet sind.
- (3) Unberührt bleiben Befreiungen und Ermäßigungen, die auf besonderen gesetzlichen Vorschriften oder ortsrechtlichen Bestimmungen beruhen.

§ 4

Gebühren in besonderen Fällen

- (1) Wird ein Antrag aus anderen Gründen als wegen Unzuständigkeit ganz oder teilweise abgelehnt, wird eine Gebühr bis zu der Höhe erhoben, die für die öffentliche Leistung vorgesehen ist, mindestens jedoch 20 €. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit der Behörde abgelehnt, so wird keine Gebühr erhoben.
- (2) Wird eine Amtshandlung von der Behörde aus Gründen, die der Verwaltungskostenschuldner zu vertreten hat, zurückgenommen oder widerrufen, so ist eine Gebühr bis zu der Höhe zu erheben, die für die zurückgenommene oder widerrufen Amtshandlung im Zeitpunkt der Rücknahme oder des Widerrufs vorgesehen ist. Ist für eine solche Amtshandlung eine Gebühr nicht vorgesehen oder wäre sie gebührenfrei, ist eine Gebühr bis zu 1.000 € zu erheben. In den Fällen der Sätze 1 und 2 beträgt die Gebühr mindestens 20 €. Die Gebühr wird nicht erhoben, wenn der Verwaltungskostenschuldner die Rücknahme oder den Widerruf nicht zu vertreten hat.
- (3) Wird ein Antrag zurückgenommen oder erledigt er sich auf andere Weise, bevor die öffentliche Leistung vollständig erbracht worden ist, werden bis zu 75 v.H. der für die öffentliche Leistung vorgesehenen Gebühr erhoben. Erfolgt die Gebührenberechnung nach dem Zeitaufwand, wird der bis zur Zurücknahme oder Erledigung des Antrags entstandene Zeitaufwand zugrunde gelegt. In den Fällen der Sätze 1 und 2 beträgt die Gebühr mindestens 20 €. Hatte die Behörde mit der sachlichen Bearbeitung noch nicht begonnen oder ist die beantragte öffentliche Leistung gebührenfrei, wird keine Gebühr erhoben.
- (4) Ist eine öffentliche Leistung, für die Verwaltungskosten nicht zu erheben wären, missbräuchlich veranlasst worden, so wird eine Gebühr bis zu 1.000 € erhoben, mindestens jedoch 20 €.
- (5) Gebühren, die bei richtiger Behandlung der Sache durch die Behörde nicht entstanden wären, werden nicht erhoben.

§ 5

Verwaltungskostengläubiger

Verwaltungskostengläubiger ist die Stadt Rudolstadt.

§ 6

Verwaltungskostenschuldner

- (1) Zur Zahlung der Verwaltungskosten ist verpflichtet,
 1. wem die öffentliche Leistung individuell zuzurechnen ist,
 2. wer die Verwaltungskosten durch eine vor der Behörde abgegebene oder ihr mitgeteilte Erklärung übernommen hat oder
 3. wer für die Verwaltungskostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

- (2) Verwaltungskostenschuldner ist auch, wer als gesetzlicher Vertreter, Vermögensverwalter oder Verfügungsberechtigter im Sinne der §§ 34 und 35 der Abgabenordnung infolge vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verletzung der ihm auferlegten Pflichten veranlasst hat, dass Verwaltungskosten nicht, nicht rechtzeitig oder nur teilweise erhoben werden können. Dies umfasst auch die infolge der Pflichtverletzung zu zahlenden Säumniszuschläge.
- (3) Mehrere Verwaltungskostenschuldner haften als Gesamtschuldner.
- (4) Auslagen, die durch unbegründete Einwendungen oder durch schuldhaftes Verhalten entstanden sind, hat derjenige zu tragen, der sie verursacht hat.

§ 7 Gebührenbemessung

Die Höhe der Gebühr richtet sich nach dem anliegenden Kostenverzeichnis zur Verwaltungskostensatzung, welches Bestandteil dieser Satzung ist.

§ 8 Gebühren nach festen Sätzen

- (1) Gebühren nach festen Sätzen sind Festgebühren, Wertgebühren und Zeitgebühren.
- (2) Festgebühren sind die mit einem bestimmten unveränderlichen Betrag vorgesehenen Gebühren.
- (3) Wertgebühren werden nach dem Wert des Gegenstands, auf den sich die öffentliche Leistung bezieht, bemessen. Bei der Festsetzung einer Wertgebühr ist der Wert zum Zeitpunkt der Beendigung der öffentlichen Leistung zu Grunde zu legen.
- (4) Zeitgebühren sind nach dem für die öffentliche Leistung erforderlichen Zeitaufwand zu bemessen.

§ 9 Rahmengebühren

Rahmengebühren werden durch einen Mindest- und Höchstsatz bestimmt. Bei öffentlichen Leistungen, für die in dem Kostenverzeichnis ein Rahmen festgelegt ist, wird die Gebühr bemessen

1. nach der Bedeutung, dem wirtschaftlichen Wert oder dem sonstigen Nutzen der öffentlichen Leistung und

2. nach dem mit der Vornahme der öffentlichen Leistung verbundenen Verwaltungsaufwand.

§ 10 Pauschgebühren

Die Gebühr für regelmäßig wiederkehrende öffentliche Leistungen kann auf Antrag für einen im Voraus bestimmten Zeitraum, jedoch nicht für länger als ein Jahr, durch einen Pauschbetrag abgegolten werden. Bei der Bemessung des Pauschbetrages wird der geringere Umfang der Verwaltungsarbeit berücksichtigt.

§ 11 Auslagen

- (1) Folgende Aufwendungen, die im Zusammenhang mit einer öffentlichen Leistung und in den Fällen des § 1 Abs. 2 entstehen, werden als Auslagen gesondert erhoben:
 1. Entschädigungen für Zeugen, Sachverständige, Dolmetscher oder Übersetzer,
 2. Entgelte für Post- und Telekommunikationsleistungen,
 3. Aufwendungen für öffentliche Bekanntmachungen und Zustellungen durch die Behörde,
 4. Vergütungen und andere Aufwendungen für die Ausführung von Dienstgeschäften außerhalb der Dienststelle,
 5. Beträge, die Behörden, Einrichtungen, natürlichen oder juristischen Personen zustehen sowie
 6. Aufwendungen für Ausfertigungen, Abschriften, Durchschriften, Kopien und andere Vervielfältigungen, soweit sie auf besonderen Antrag hergestellt oder aus vom Verwaltungskostenschuldner zu vertretenden Gründen notwendig wurden.
 7. Kosten der Beförderung oder Verwahrung von Sachen.
- (2) Die Auslagen werden in der tatsächlich entstandenen Höhe erhoben. Im Kostenverzeichnis kann bestimmt werden, dass entstandene Auslagen mit der Gebühr abgegolten sind oder pauschaliert erhoben werden.
- (3) Auslagen nach Abs. 1 Nr. 5 werden auch dann erhoben, wenn die verwaltungskostenerhebende Behörde aus Gründen der Gegenseitigkeit, der Verwaltungsvereinfachung oder aus ähnlichen Gründen an die andere Behörde, Einrichtung, natürliche oder juristische Person keine Zahlungen leistet, soweit die Auslage im Einzelfall den Betrag von 10 € übersteigt.

- (4) Auslagen sind außer in den Fällen des § 2 Abs. 1 auch dann zu erheben, wenn die öffentliche Leistung gebührenfrei ist.
- (5) Auslagen, die bei richtiger Sachbehandlung nicht entstanden wären, werden nicht erhoben. Das Gleiche gilt für Auslagen, die durch die Verlegung eines Termins oder durch die Vertagung einer Verhandlung entstanden sind, soweit dies nicht dem Auslagenschuldner zuzurechnen ist.

§ 12

Verwaltungskostenentscheidung

- (1) Die Verwaltungskosten werden von Amts wegen festgesetzt. Die Entscheidung über die Verwaltungskosten soll, soweit möglich, zusammen mit der Sachentscheidung ergehen.
- (2) Aus der Verwaltungskostenentscheidung müssen mindestens hervorgehen:
 1. die verwaltungskostenerhebende Behörde,
 2. der Verwaltungkostenschuldner,
 3. die kostenpflichtige öffentliche Leistung,
 4. die als Gebühren und Auslagen zu zahlenden Beträge sowie
 5. wo, wann und wie die Gebühren und Auslagen zu zahlen sind.
- (3) Die Verwaltungskostenentscheidung kann mündlich ergehen; sie ist auf Antrag schriftlich zu bestätigen. Soweit sie schriftlich ergeht oder schriftlich bestätigt wird, sind auch die Rechtsgrundlagen für die Erhebung der Kosten sowie deren Berechnung anzugeben.
- (4) Die Verwaltungskostenentscheidung kann vorläufig ergehen, wenn der für die Ermittlung der Gebühr maßgebende Wert des Gegenstands der öffentlichen Leistung ungewiss ist. Sie wird geändert oder für endgültig erklärt, sobald die Ungewissheit beseitigt ist.
- (5) Vor der endgültigen Festsetzung der Gebühr kann die Summe der erstattungsfähigen Auslagen im Sinne des § 11 festgesetzt werden. Gebühren und Auslagen werden dann jeweils nach Maßgabe der Absätze 1 und 2 getrennt festgesetzt.

§ 13

Entstehen der Verwaltungkostenschuld

- (1) Die Gebührenschild entsteht, soweit ein Antrag notwendig ist, mit dessen Eingang bei der Behörde, im Übrigen mit der vollständigen Erbringung der öffentlichen Leistung. Bei

Pauschgebühren entsteht die Gebührenschuld mit der Genehmigung des Antrags nach § 10.

- (2) Die Auslagenschuld entsteht mit der Aufwendung des zu erhebenden Betrages; in den Fällen des § 11 Abs. 3 mit der vollständigen Erbringung der öffentlichen Leistung.

§ 14 Fälligkeit

Verwaltungskosten werden mit der Bekanntgabe der Verwaltungskostenentscheidung an den Verwaltungskostenschuldner fällig, wenn nicht die Behörde einen späteren Zeitpunkt bestimmt.

§ 15 Säumniszuschlag

- (1) Werden Gebühren oder Auslagen nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet, so wird für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 v.H. des abgerundeten rückständigen Betrages erhoben, wenn dieser 50 € übersteigt. Ein Säumniszuschlag wird bei einer Säumnis bis zu drei Tagen nicht erhoben.
- (2) Absatz 1 gilt nicht für Säumniszuschläge, die nicht rechtzeitig entrichtet werden.
- (3) Für die Berechnung des Säumniszuschlags wird der rückständige Betrag auf den nächsten durch 50 € teilbaren Betrag abgerundet.
- (4) Als Tag, an dem eine Zahlung entrichtet worden ist, gilt
 1. bei Übergabe oder Übersendung von Zahlungsmitteln an die für den Kostenträger zuständigen Kasse der Tag des Eingangs oder
 2. bei Überweisung oder Einzahlung auf ein Konto der für den Verwaltungskostengläubiger zuständigen Kasse und bei Einzahlung mit Zahlkarte oder Postanweisung der Tag, an dem der Betrag der Kasse gutgeschrieben wird.
- (5) In den Fällen der Gesamtschuld entstehen Säumniszuschläge gegenüber jedem säumigen Gesamtschuldner. Insgesamt ist jedoch kein höherer Säumniszuschlag zu entrichten als entstanden wäre, wenn die Säumnis nur bei einem Gesamtschuldner eingetreten wäre.

§ 16 Kostenvorschuss, Sicherheitsleistung, Zurückbehaltungsrecht

- (1) Die Behörde kann bei öffentlichen Leistungen, die auf Antrag vorgenommen werden, die Zahlung eines Kostenvorschusses und/oder die Leistung einer Sicherheit bis zur Höhe

der voraussichtlich entstehenden Verwaltungskosten verlangen. Unbeschadet des Satzes 1 kann die Behörde eine öffentliche Leistung, die auf Antrag vorgenommen wird, davon abhängig machen, dass der Antragsteller keine Verwaltungskostenrückstände für öffentliche Leistungen hat.

- (2) Dem Antragsteller wird eine angemessene Frist zur Zahlung des Vorschusses, zur Leistung der Sicherheit oder zur Begleichung des Rückstands zu setzen. Die Behörde kann den Antrag als zurückgenommen behandeln, wenn die Frist nicht eingehalten wird und der Antragsteller bei der Anforderung des Vorschusses, der Sicherheitsleistung oder des Rückstands hierauf hingewiesen worden ist.
- (3) Ausfertigungen, Abschriften sowie zurückzugebende Urkunden, die aus Anlass der öffentlichen Leistung eingereicht worden sind, können bis zur Bezahlung der angeforderten Verwaltungskosten zurückbehalten werden.

§ 17

Billigkeitsregelungen

- (1) Die festsetzende Behörde kann die Verwaltungskosten ermäßigen oder von der Erhebung absehen, wenn dies mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Verwaltungskostenschuldners oder sonst aus Billigkeitsgründen geboten erscheint.
- (2) Für die Stundung, den Erlass, die Niederschlagung und die Herabsetzung von Verwaltungskostenforderungen gelten gem. § 15 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 6 ThürKAG die §§ 163 Abs. 1, 222, 227 Abs. 1 und 261 der Abgabenordnung.

§ 18

Vollstreckung

Rückständige Gebühren und Auslagen, die nach dieser Kostensatzung erhoben werden, unterliegen der Beitreibung im Verwaltungsvollstreckungsverfahren nach den Bestimmungen des Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes (ThürVwZVG) in der jeweils geltenden Fassung.

§ 19

Zuwiderhandlungen

- (1) Gemäß § 16 ThürKAG wird wegen Abgabenhinterziehung mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil eines anderen
 1. einer Gemeinde oder einem Landkreis über Tatsachen, die für die Erhebung oder Bemessung von Abgaben erheblich sind, unrichtige oder unvollständige Angaben macht, oder
 2. eine Gemeinde oder einen Landkreis pflichtwidrig über abgabenrechtlich erhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt.

Der Versuch ist strafbar.

- (2) Ordnungswidrig handelt gemäß § 17 ThürKAG und kann mit Geldbuße bis zu 10.000,00 € belegt werden, wer als Abgabepflichtiger oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Abgabepflichtigen eine der im Absatz 1 bezeichneten Taten leichtfertig begeht (leichtfertige Abgabeverkürzung).
- (3) Ordnungswidrig handelt auch und kann mit Geldbuße bis zu 5.000,00 € belegt werden, wer vorsätzlich oder leichtfertig
 1. Belege ausstellt, die in tatsächlicher Hinsicht unrichtig sind oder
 2. den Vorschriften einer Abgabensatzung zur Sicherung oder Erleichterung der Abgabenerhebung, insbesondere zur Anmeldung oder Anzeige von Tatsachen, zur Führung von Aufzeichnungen oder Nachweisen, zur Kennzeichnung oder Vorlegung von Gegenständen oder zur Erhebung und Abführung kommunalen Abgaben zuwiderhandelt

und es dadurch ermöglicht, Abgaben zu verkürzen oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile zu erlangen (Abgabegefährdung).

§ 20 Rechtsbehelf

Gegen die Erhebung von Verwaltungskosten aufgrund dieser Verwaltungskostensatzung sind die Rechtsbehelfe nach den Bestimmungen der Verwaltungsgerichtsordnung gegeben. Durch Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen die Heranziehung zu Verwaltungskosten nach dieser Satzung wird die Verpflichtung zur Zahlung nicht aufgehoben.

§ 21 Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Satzung gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

§ 22 In-Kraft-Treten

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die bisherige Verwaltungskostensatzung der Stadt Rudolstadt vom 04. Dezember 2001, in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 04.06.2003, außer Kraft.

**Kostenverzeichnis zur Verwaltungskostensatzung der Stadt Rudolstadt
vom 17.02.2010 in der Fassung der 3. Änderungssatzung vom 21.05.2025**

lfd. Nr.	Leistungsgegenstand		Kosten in €
	Teil A		
	Allgemeine Verwaltungskosten		
1	Gebühren		
1.1	Genehmigungen, Ausnahmegewilligungen, Anerkennungen, Erlaubnisse, Gestattungen, Fristverlängerungen, Bewilligungen und andere Amtshandlungen	je Amtshandlung	5,00 bis 5.000,00
1.2	Auskünfte, Akteneinsicht		
1.2.1	Schriftliche und mündliche Auskünfte aus amtlichen Unterlagen mit Ausnahme einfacher schriftlicher und mündlicher Auskünfte	nach Zeitaufwand (Teil A Nr. 1.4)	
1.2.2	Gewährung von Einsicht in amtliche Akten, Karteien, Bücher, Datenträger usw. außerhalb eines anhängigen Verfahrens		
1.2.2.1	wenn ein Beschäftigter die Einsichtnahme dauernd beaufsichtigen muss	nach Zeitaufwand (Teil A Nr. 1.4)	
1.2.2.2	in anderen Fällen	je Akte, Kartei, Buch usw.	4,50, mind. jedoch 9,00
1.2.2.3	Zuschlag zu Nr. 1.2.2.1 und 1.2.2.2 bei weggelegten Akten, Karteien, Büchern, Datenträgern usw.	pro Stück	4,50
1.2.2.4	Zuschlag zu Nr. 1.2.2.2 für die Versendung von Akten, auch von Bußgeldakten außerhalb eines Bußgeldverfahrens; die Auslagen sind mit der Gebühr abgegolten	je Sendung	15,00
1.3	Beglaubigungen, Bescheinigungen, Zeugnisse		
1.3.1	Beglaubigung von Unterschriften	je Beglaubigung	9,00
1.3.2	Beglaubigung von Abschriften, Fotokopien usw.		
1.3.2.1	welche die Behörde selbst hergestellt hat	je Seite	4,50
1.3.2.2	in anderen Fällen	je Seite	0,90. mind. jedoch 9,00
1.3.2.3	Bescheinigungen und Zeugnisse einfacher Art		2,50
1.3.2.4	Bescheinigungen und Zeugnisse bei besonderer Mühewaltung und erheblichem Aufwand	je angefangene halbe Stunde	5,00, jedoch nicht mehr als 100,00
1.4	Gebühren nach dem Zeitaufwand		
	Gebühren nach dem Zeitaufwand werden erhoben, wenn für eine öffentliche Leistung eine Gebührenbemessung nach Zeitaufwand bestimmt ist oder Wartezeiten, die der Verwaltungskostenschuldner zu vertreten hat, entstanden sind. Mit diesen Gebühren ist der Zeitaufwand der Beschäftigten abzugelten, die an der Erbringung der öffentlichen Leistung direkt beteiligt sind. Die Tätigkeit von Hilfskräften (z.B. Fahrer, Schreibkräfte) wird nicht gesondert berechnet. Bei Dienstreisen und Dienstgängen wird die auf die Fahrt/ den Weg entfallende Zeit		

	nicht berücksichtigt. Hierunter fallen insbesondere die Feststellung, Besichtigung, Gutachten, Bauleitungen, Auszüge technischer Art (Büro- und Außenarbeiten) im Bereich der Bauverwaltung. Gebühren für die regelmäßige Tätigkeit von:			
1.4.1	Beamten des höheren Dienstes und vergleichbare Beschäftigte	je 15 min	19,66	
1.4.2	Beamte des gehobenen Dienstes und vergleichbare Beschäftigte	je 15 min	14,59	
1.4.3	Beamte des mittleren Dienstes und vergleichbare Beschäftigte	je 15 min	11,02	
1.4.4	Beamte des einfachen Dienstes und vergleichbare Beschäftigte	Je 15 min	9,46	
2	Auslagen			
2.1	Schreibauslagen, Fotokopien			
2.1.1	Maschinengeschriebene Ausfertigungen oder Abschriften aus Akten, öffentlichen Verhandlungen, amtlich geführten Büchern, Statistiken, Rechnungen u.a.	je angefangene Seite DIN A4	7,50	
2.1.2	Schwierige Ausfertigungen oder Abschriften, insbesondere bei fremdsprachigen, wissenschaftlichen, tabellarischen oder schwer lesbaren Texten	nach Zeitaufwand (Teil A Nr. 1.4)		
2.1.3	Zweitstücke (Duplikate) von Urkunden (Bescheid, Genehmigung, Erlaubnis, Zulassung, Quittung u.ä.) soweit nichts anderes bestimmt ist		½ der für die Amtshandlung erhobenen Gebühr, mind. 4,00	
2.1.4	Druckstücke von Ortssatzungen, Gebührenordnungen, Hausordnungen sonstigen kommunalen Vordrucken usw. (soweit nichts anderes bestimmt)	je angef. Seite	Schwarz-weiß	farbig
2.1.4.1	bis Format DIN A4	bis 50 Seiten jede weitere Seite	0,50 0,15	1,00 0,30
2.1.4.2	größer als DIN A4 bis DIN A3		0,75	1,25
2.1.5	Schriftliche Aufnahme eines Antrages oder einer Erklärung, die von Privatpersonen zu deren Nutzen gewünscht wird (ausgenommen ist die Niederschrift über die Erhebung von Rechtsbehelfen)	nach Zeitaufwand (Teil A Nr. 1.4)		
2.1.6	Anfertigen von Fotokopien (soweit nichts anderes bestimmt)	je angef. Seite	Schwarz-weiß	farbig
2.1.6.1	bis Format DIN A 4	bis 50 Seiten jede weitere Seite	0,80 0,30	1,60 0,50
2.1.6.2	bis Format DIN A 3	je angef. Seite	1,20	2,40
2.1.7	Digitale Ausgabe von Plänen und Schriftstücken			
2.1.7.1	Ausfertigung in elektronischer Form	je Datei	2,50	
2.1.7.2	Vorbereitung, Übertragung auf Datenträger	nach Zeitaufwand (Teil A Nr. 1.4)		
2.2	Benutzung von Dienstfahrzeugen			
2.2.1	Auslagen für den Fahrer			
2.2.1.1	Kosten für den Fahrer sind nur zu erheben, soweit der Verwaltungskostenschuldner besondere Wartezeiten des Fahrers zu vertreten hat	nach Zeitaufwand (Teil A Nr. 1.4)		
2.2.1.2	Reisekosten des Fahrers	in voller Höhe		
2.2.2	Personenkraftwagen	je km	0,60	

2.3	Entgelte für Post- und Telekommunikationsleistungen			
2.3.1	Post- und Telekommunikationsleistungen, die im Rahmen des Versandes als Standard-, Kompakt-, Groß- und Maxibriefe entstehen	als Pauschale	1,50	
2.3.2	Post- und Telekommunikationsleistungen, die im Rahmen des Versandes als Standard-, Kompakt-, Groß- und Maxibriefe bei Einschreiben mit Einwurf und Rückschein sowie mit Postzustellungsurkunden entstehen	als Pauschale	6,00	
2.3.3	Post- und Telekommunikationsleistungen, die nicht in den Kostenpositionen 2.3.1 und 2.3.2 enthalten sind		nach tatsächlich entstandenen Kosten	
	Teil B			
	Besondere Verwaltungskosten			
3	Haupt- und Finanzverwaltung			
3.1	Unbedenklichkeitsbescheinigung über gezahlte städtische Steuern, Abgaben und Gebühren	je Bescheinigung	8,00	
3.2	Ausgabe einer Ersatz-Hundesteuermarke bei Verlust	je Marke	10,00	
3.3	Aufstellung über den Stand des Kassenkontos	pro Kassenkonto und Haushaltsjahr	5,00	
3.4	Ausstellung einer Ersatzlohnsteuerkarte	pro Stück	entfällt	
4	Bau- und Grundstücksangelegenheiten			
4.1	Ausgabe von Bauleitplänen und sonstigen Plänen		Schwarz-weiß	farbig
4.1.1	bis zum Format DIN A 4	je angef. Seite	0,80	1,60
4.1.2	größer als DIN A 4 bis DIN A 3	je angef. Seite	1,20	2,40
4.1.3	größer als DIN A 3 bis DIN A 2	je angef. Seite	2,50	5,00
4.1.4	größer als DIN A 2 bis DIN A 1	je angef. Seite	4,00	8,00
4.1.5	größer als DIN A 1 bis DIN A 0	je angef. Seite	6,00	12,00
4.1.6	größer als A 0	je angef. Seite	10,50	20,00
4.1.7	Vorbereitung, Einstellung und Prüfung des Druckgerätes sowie Nachbereiten der Pläne	nach Zeitaufwand (Teil A Nr. 1.4)		
4.2	Genehmigung und Überwachung von Arbeiten			
	die für Rechnung Dritter und Unternehmen an Straßen, Plätzen, Kanälen und sonstigen Anlagen ausgeführt werden	nach Zeitaufwand (Teil A Nr. 1.4)		
4.3	Bearbeitung von Bürgerschaftsanträgen	je Antrag	7,70	
4.4	Vermögensverwaltung			
4.4.1	Vorrangseinräumungs-, Pfandentlassungs- und sonstige Erklärungen			
4.4.1.1	Vorrangseinräumungs-, Pfandentlassungs- und sonstige Erklärungen zugunsten von Grundpfandrechten Dritter, insbesondere gegenüber Aufassungsvormerkungen und Vorkaufsrechten sowie Belastungsgenehmigungen		35,00	
4.4.1.2	bei besonderer Mühewaltung und erheblichem Aufwand	nach Zeitaufwand (Teil A Nr. 1.4)		
4.4.2	Löschungsbewilligungen			

4.4.2.1	Löschungsbewilligungen zugunsten Grundpfand-rechten Dritter		35,00
4.4.2.2	bei besonderer Mühewaltung und erheblichem Aufwand	nach Zeitaufwand (Teil A Nr. 1.4)	
4.4.3	Löschungsbewilligungen, Vorrangseinräumungs-, Pfandentlassungs- und sonstige Erklärungen für Rechte, die nicht unter Nr. 4.4.1 und 4.4.2 fallen bis 100.000 € über 100.000 €		45,00 € 55,00 €
4.4.4	Ausstellung von Zeugnissen über das Nichtbestehen bzw. die Nichtausübung eines Vorkaufsrechtes nach dem BauGB		
4.4.4.1	- für das erste Grundstück - für jedes weitere Grundstück	je Zeugnis	45,00 8,00
4.4.4.2	bei besonderer Mühewaltung und erheblichem Aufwand	nach Zeitaufwand (Teil A Nr. 1.4)	

Änderungshistorie

Neufassung	Stadtratsbeschluss vom 10.12.2009	a) Datum der Ausfertigung 17.02.2010 b) Datum der Veröffentlichung 24.02.2010 c) in Kraft ab 25.02.2010
1. Änderungssatzung	Stadtratsbeschluss vom 11.04.2013	a) Datum der Ausfertigung 22.05.2013 b) Datum der Veröffentlichung 12.06.2013 c) in Kraft ab 13.06.2013
2. Änderungssatzung	Stadtratsbeschluss vom 02.02.2017	a) Datum der Ausfertigung 19.04.2017 b) Datum der Veröffentlichung 20.05.2017 c) in Kraft ab 21.05.2017
3. Änderungssatzung	Stadtratsbeschluss vom 20.03.2025	a) Datum der Ausfertigung 21.05.2025 b) Datum der Veröffentlichung 12.06.2025 c) in Kraft ab 13.06.2025